



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

An das
Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit

Stubenring 1
1012 Wien

Geschäftszahl: BKA-601.409/0001-V/A/5/2007
Sachbearbeiter: Dr Brigitte OHMS
Pers. e-mail: brigitte.ohms@bka.gv.at
Telefon: 01/53115/2462
Ihr Zeichen BMWA-56.141/0005-C1/4/2007
vom: 5. Februar 2007
Antwortschreiben bitte unter An- v@bka.gv.at
führung der Geschäftszahl an:

Betrifft: Entwurf einer Wettbewerbsgesetznovelle 2007
Begutachtung; Stellungnahme

Zum mit der do. oz. Note übermittelten Gesetzesentwurf samt Beilagen nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

Der vorliegende Entwurf eines Sammelgesetzes soll entsprechend dem Versendungsschreiben Teil des Budgetbegleitgesetzes 2007 werden und im Rahmen dessen als Regierungsvorlage dem Nationalrat zur Behandlung übermittelt werden. Dazu wird auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 26. Jänner 2007, BKA-603.722/0001-V/2/2007, – betreffend Vorbereitung eines Budgetbegleitgesetzes 2007, Vorgangsweise – verwiesen. Abgesehen davon, dass lediglich solche legistische Vorhaben für die Aufnahme in das Budgetbegleitgesetz 2007 in Frage kommen, die finanzielle Auswirkungen insbesondere im Hinblick auf das zu erlassende Bundesfinanzgesetz 2007 haben, ist vor allem darauf hinzuweisen, dass der vorliegende Entwurf in weiten Bereichen nicht in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit fällt (do Bundesministerium wurde vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst bereits am 7. Februar 2007 informell darauf hingewiesen). Inzwischen liegt auch die ausdrückliche Ablehnung des maßgeblich von dem Gesetzesvorhaben betroffenen Bundesministeriums für Justiz vor.

Vor diesem Hintergrund ist es dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst nicht möglich, dieses Vorhaben in die zu erstellende Regierungsvorlage eines Budgetbegleitgesetzes 2007 einzubeziehen. Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst nimmt daher auch davon Abstand, das im Entwurf vorliegende Bundesgesetz im Einzelnen zu begutachten. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Entwurf jedenfalls in legistischer Hinsicht noch einer eingehenden Überarbeitung bedarf (z.B. Formulierung der Novellierungsanordnungen und der In-Kraft-Tretens-Bestimmungen, Verwendung von gesetzlichen Kurztiteln, Angabe der Kompetenzgrundlage im Allgemeinen Teil der Erläuterungen, Gestaltung der Textgegenüberstellung)

Diese Stellungnahme wird im Sinne der Entschließung des Nationalrates vom 6. Juli 1961 u.e. auch dem Präsidium des Nationalrats zur Kenntnis gebracht.

22. Februar 2007
Für den Bundeskanzler:
Georg LIENBACHER

Elektronisch gefertigt